

FDP-Fraktion im Kreistag Kleve · 47533 Kleve · Nassauer Allee 15-23

An den
Landrat des Kreises Kleve
Herrn Wolfgang Spreen
Kreishaus

Freie Demokratische Partei
Fraktion im Kreistag Kleve

Fraktionsbüro:
Nassauer Allee 15-23
47533 Kleve
Tel.: (0 28 21) 20 04 66
Fax: (0 28 21) 20 04 67
buero.fdpkrestagsfraktion@kreis-kleve.de

23. April 2015

Sitzung des Kreistages am 07.05.2015

Antrag zur Verabschiedung einer Resolution des Kreistages Kleve zur Einbeziehung des Kreisgebiets in den Feldversuch Lang-Lkw der Bundesregierung

Sehr geehrter Herr Landrat,

die FDP-Kreistagsfraktion beantragt, folgende Resolution an die Landesregierung NRW zu beschließen:

Die Landesregierung NRW wird aufgefordert, sich an dem Feldversuch des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) mit Lang-LKW schnellstmöglich zu beteiligen. Ziel des Kreises Kleve ist es, dass die in anderen Ländern üblichen Lang-LKW bis 25,75 m versuchsweise auch auf ausgewählten und geeigneten Strecken im Kreis Kleve verkehren können. Damit soll unter strengen Standards erprobt werden, ob ökologische und ökonomische Vorteile auch im Kreis Kleve realisierbar sind.

Begründung:

Seit Januar 2012 führt die Bundesregierung den Feldversuch Lang-Lkw durch. Dieses Projekt wird wissenschaftlich von der Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt) begleitet. Der Feldversuch läuft zunächst noch bis 31.12.2016. Aktuell beteiligen sich die Länder Bayern, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen am Feldversuch Lang-Lkw. Die nordrhein-westfälische Landesregierung verweigert die Teilnahme an diesem Feldversuch aus nicht nachvollziehbaren Gründen.

Da die am Versuch teilnehmenden Bundesländer den Versuch auf in einer Positivliste geführte Strecken beschränken können, muss die Bevölkerung keine Sorgen vor einer negativen Beeinflussung der Verkehrssicherheit haben. Da das Gesamtgewicht nicht erhöht wird (max. 40 t), erfolgt auch keine stärkere Beanspruchung der Straßen, umgekehrt sinkt das Achsgewicht sogar.

Eine moderne Ausstattung der Fahrzeuge mit z.B. Fahrwerkstechnik und Rückfahrkameras erhöht die Verkehrssicherheit, der geringere CO₂-Ausstoß pro transportierte Tonne nutzt der Umwelt.

Aus Sicht der FDP-Kreistagsfraktion sollte die ökonomische und ökologische Benachteiligung durch die Verweigerung der Versuchsbeihilfe beendet werden, damit Umwelt und Wirtschaft im Kreis Kleve an den im Zwischenbericht der Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt) aufgezeigten Vorteilen durch den Einsatz von Lang-Lkws partizipieren können. Besonders für die im Kreisgebiet ansässige Gartenbaubranche, die einen wichtigen Wirtschafts- und Imagefaktor für den Kreis Kleve darstellt, aber auch für die logistische Anbindung kommunaler Gewerbegebiete und der dort ansässigen Unternehmen wäre der Einsatz von Lang-Lkws ein wesentlicher Fortschritt.

Perspektivisch ist es ökologisch und ökonomisch unsinnig, wenn entsprechende Fahrzeuge in den Niederlanden bis zur Grenze fahren können und dann für eventuell nur wenige Kilometer in Deutschland umgeladen werden müssen. Auch eine eigene NRW-Lösung, LKW nur 1,30 m länger zuzulassen, würde an der unsinnigen Situation nichts verändern und die ökologischen Vorteile verringern. Eine NRW-eigene Lösung passt als „Kleinstaaterei“ nicht in das heutige Europa und ist daher insbesondere aus Sicht des grenznahen Raums abzulehnen. Durch eine Versuchsbeihilfe unter Anlegung strenger Standards sollte es möglich sein, eine grenzüberschreitende Einsatzperspektive beispielsweise für den Gartenbau zu erreichen.

Mit freundlichem Gruß



Prof. Dr. Ralf Klapdor
Fraktionsvorsitzender

cc: CDU-Fraktion, SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion LINKE/PIRATEN, Fraktion AfD/MH